



Energiewende als Herausforderung für die Demokratie

Am Beispiel von Beteiligungsprozessen in den Kommunen Baruth und Kyritz

Johannes Krause, Timo Philip Burmeister

Das Thema Bürgerbeteiligung steht derzeit im öffentlichen Diskurs weit oben auf der Agenda.¹ Oft heißt es, die Ursache für die vielerorts anzutreffenden Proteste sei Politikverdrossenheit. Nur ganz so einfach ist es nicht. Vertrauen ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Die Bürger/innen sind angehalten, ihre Wahlstimmen den Kandidat/innen zu geben, denen sie das meiste Vertrauen entgegenbringen. Mit der Wahlstimme übertragen die Bürger/innen einen Teil ihrer politischen Verantwortung an ihre Repräsentant/innen. Schwindet nun das Vertrauen in die gewählten Repräsentant/innen des Volkes, so fällt die Verantwortung wieder auf die Bürger/innen zurück. Indem sie erkennen, dass sie nun selbst gefordert sind, verlangen sie nach ihren legitimen Mitspracherechten. Die »Wutbürger«, die sich bisher über Korruption, Intransparenz und Bürokratie beschwerten, werden zu »Mutbürgern«. Sie fordern Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten ein und stellen den öffentlichen Apparat unter Zugzwang. Das alles führt weiter als nur zur Politikverdrossenheit. Der demokratische Mensch möchte seine Umwelt selbstverantwortlich gestalten – erst recht, wenn die Übertragung der Verantwortung auf politische Repräsentant/innen oftmals misslang.

»Echte Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass politische Mandatsträgerinnen und -träger sich von einer reinen Top-down-Politik verabschieden und die Bereitschaft für einen souveränen Umgang mit offenen Austausch- und Mitwirkungsprozessen aufbringen.« (Nanz 2012: 13)

Besonders stark sind die Partizipationswünsche der Bürger/innen bei Entscheidungen, die weit in ihre Lebenswelt hinein wirken. Dazu gehören derzeit insbesondere Projekte zum Umbau der Energieinfrastruktur. Die Energiewende ist ein zentraler Bestandteil der als »Große Transformation« bezeichneten Umstrukturierung der Gesellschaft nach der Maßgabe der Nachhaltigkeit.²

Um eine Stromversorgung mit 100 % Erneuerbaren Energien zu gewährleisten, stehen vor allem fünf Bereiche im Fokus: Verbrauchsreduktion durch Stromeinsparungen und Energieeffizienz, Lastmanagement/Smart Grids, Ausbau der Erneuerbaren Energien, Leitungsausbau und Ausbau der Speicherkapazitäten. Dabei geht es nicht nur um einzelne Veränderungen, sondern um ein gänzlich neues System der Energieinfrastruktur. Technische Lösungen sind vielfach vorhanden, aber vor allem in Bezug auf die Bereiche Ausbau der Erneuerbaren Energien,

¹ Vgl. Erb (2012); Luther (2012); Sonnabend (2012); Ströbele (2012).

² Zur notwendigen Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft siehe Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011).



Leitungsausbau und Ausbau der Speicherkapazitäten ist immer wieder von mangelnder »Akzeptanz« als größte Hürde für die Energiewende die Rede.

Die Energiewende ist nicht nur eine technische und ökonomische Herausforderung. Sie stellt auch neue Anforderungen an die Demokratie und das Miteinander in unserer Gesellschaft. Neue Windparks, Biogaskraftwerke, Tausende Kilometer neuer Leitungen – auch die saubere Technologie bringt Konflikte mit sich. Naturschutz vs. Klimaschutz, wirtschaftliche Gewinne für die einen vs. Wertverlust des Grundstücks für die anderen: viele im Sinne der Energiewende wünschenswerte Projekte rufen lokale Widerstände hervor. Selbst Menschen, die die Energiewende grundsätzlich unterstützen, werden oft zu Kritikern, wenn in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung ein Projekt geplant wird, das möglicherweise ihre Lebensqualität beeinträchtigt (NIMBY-Phänomen: »Not In My BackYard«).

Lokale Widerstände treten vor allem dann auf, wenn die Bevölkerung nur unzureichend in die Planung und Gestaltung der Projekte einbezogen wurde. Damit die Energiewende gelingen kann, müssen die Menschen in den Kommunen und Regionen als aktive Prozesspartner/innen eingebunden werden. Die legitimen Interessen unterschiedlicher Akteure – von Unternehmen über Bürgerinitiativen bis zu Naturschützer/innen – müssen ernst genommen und mit dem gesamtgesellschaftlichen Interesse an Energiewende und Klimaschutz in Balance gebracht werden.

Hierzu bedarf es neuer Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung, im Sinne von partizipativer Planung, Entscheidungsfindung und Gestaltung der Energiewende auf lokaler und regionaler Ebene. »Beteiligung« beinhaltet neben der Mitsprache im Entscheidungsverfahren auch die wirtschaftliche Teilhabe von Kommunen und Bürger/innen an der Wertschöpfung durch Energieprojekte.

Es gilt also, neue schlanke und effektive partizipativ-demokratische Verfahren zu entwickeln, die das demokratische Bedürfnis nach Fairness, Transparenz und Inklusion im Prozess befriedigen, zugleich aber auch mit vertretbarem Aufwand tragfähige, belastbare Ergebnisse hervorbringen. Szenarien der Konflikteskalation und Blockade wie im Fall von Stuttgart 21 können so verhindert werden.

Im Rahmen des Pilotprojektes »Energiewende und Demokratie« analysiert und testet Impuls - Agentur für angewandte Utopien e.V. neue Ansätze der Partizipation.³

Grundlegende Prämisse ist hierbei, dass Beteiligungsprozesse mehr als nur informativen bzw. konsultativen Charakter aufweisen müssen, um effektiv zu sein. Partizipation muss verstärkt deliberativ und kollaborativ erfolgen. Deliberation wird hier verstanden als das argumentative Abwägen von Interessen und Bedürfnissen im Dialog. Kollaboration hingegen beschreibt gemeinsame Gestaltungsprozesse in nichthierarchischen Netzwerken und inter- bzw. transdisziplinären, kultur- und sektorübergreifenden Multistakeholder-Konstellationen. Die Beteiligten erarbeiten dabei auf der Grundlage von aktivem Zuhören, Dialog und Einbringen ihrer jeweiligen Qualitäten, Ressourcen und Wünsche gemeinsame Lösungen. In der kollaborativen Demokratie werden die

³ Das Projekt wird gefördert vom Bundesumweltministerium sowie vom Umweltministerium des Landes Brandenburg und orientiert sich an der Leitidee einer »kollaborativen Demokratie«.

Bürgerinnen und Bürger nicht nur angehört, bevor entschieden wird. Sie sind vielmehr selbst aktiv an der Entwicklung von Gesetzen, Projekten und Planungsvorhaben beteiligt. Sie übernehmen Verantwortung und gestalten selbstbestimmt ihre eigenen Angelegenheiten. Die theoretischen Grundlagen für diesen Ansatz bilden insbesondere die Theory U⁴ sowie das Feld-Prozess-Modell: ein theoretischer Rahmen für das Verständnis generativer Designprozesse als dynamische Interaktion von Kräften in einem Feld, entwickelt vom Institut für Partizipatives Gestalten.⁵

Diese Art der Partizipation wird derzeit anhand von zwei modellhaften Prozessen in den Kommunen Baruth im Landkreis Teltow-Fläming sowie der Kommune Kyritz im Landkreis Ostprignitz-Ruppin erprobt. Beide Kommunen setzen sich aktuell mit dem Thema Energiewende auseinander und haben jeweils unterschiedliche Ausgangssituationen, die eine Analyse der Beteiligungsstrukturen attraktiv wirken lassen.

In der Kommune Baruth sollen von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming zwei Windeignungsgebiete ausgewiesen werden. Es würde dadurch das Potential für eine lokale Wertschöpfung, von der Kommune und Bürgerschaft profitieren könnten, sowie zur möglichen energetischen Autarkie entstehen. Jedoch beeinträchtigen neue Windparks auch das Landschaftsbild und die Natur, was die Bürgerschaft skeptisch gegenüber diesen Plänen werden lässt. Zudem haben bereits Flächenbesitzer/innen mit Investoren Verträge abgeschlossen, was die unbeteiligten Anwohner/innen, aus Angst vor Wertverlust ihrer Immobilien, zum Widerstand mobilisiert. Die Stadtverwaltung Baruth wird nun einen Bürgerdialog mit den Einwohner/innen starten.

Ende August wurden Gespräche mit Schlüsselpersonen (u.a. Bürgermeister, Investoren und Flächenbesitzer/innen), aber auch spontan Interviews mit den Bewohner/innen der Kommune geführt, um die Situation vor Ort zu ergründen. Abschließend wurde eine Einwohnerversammlung einberufen, die alle beteiligten Akteure zusammenbrachte. Diese noch recht informative Veranstaltung wurde positiv angenommen und legte somit den Grundstein für den nächsten Bürgerdialog Ende September, der mehr partizipative Elemente beinhalten soll. Ziel ist eine Lösung, die von allen beteiligten Personen getragen wird.

Die Kommune Kyritz hingegen erarbeitet derzeit ein kommunales Klimaschutzkonzept. Dazu gehörte eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Energieressourcen und Verbrauchsfaktoren sowie eine Analyse der Potentiale bei der lokalen Energieproduktion, Energieeinsparung und Reduktion von CO₂-Emissionen. Aufgrund der erfassten Daten wurde bereits ein Maßnahmenkatalog ausgearbeitet. Basierend hierauf wird derzeit ein Beteiligungsprozess entwickelt. Dieser soll der Bürgerschaft und Kommune gemeinsam die Möglichkeit bieten, auf

⁴ Ein am MIT Boston entwickelter Leadership-Ansatz von Otto Scharmer. Siehe auch: <http://www.presencing.com> oder <http://www.theoryu.com>. Weiterführend dazu auch: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/themenschwerpunkt/032012-zukunft-der-kommunalen-buergerbeteiligung/einzelansicht-themenschwerpunkt/article/theorie-akteure-beteiligen-innovative-kommunale-veraenderungsprozesse-gestalten/>.

⁵ Vgl. hierzu: Rohr & Förster (2011), The Field-Process-Model unter <http://blog.partizipativ-gestalten.de/2011/11/the-field-process-model/>.



der Grundlage des erarbeiteten Klimaschutzkonzeptes, diejenigen energiepolitischen Maßnahmen zügig umzusetzen, die auf Resonanz in der Bürgerschaft stoßen und von den Bürger/innen mitgetragen und -gestaltet werden.

Windenergie wird auch in Kyritz in der nächsten Zeit eine Rolle spielen, da wahrscheinlich auch hier Windeignungsgebiete ausgewiesen werden. Jedoch soll vermieden werden, dass evtl. Konflikte bei der Windkraft zur generellen Ablehnung eines Klimaschutzkonzeptes führen. Daher wird eine wesentliche Aufgabe darin bestehen, hier die richtige Balance der verschiedenen Themen zu finden.

Am Ende der beiden geschilderten Prozesse werden die kollaborativ erarbeiteten Projekte hoffentlich von der breiten Mehrheit der Menschen vor Ort unterstützt. Wichtig ist auch, dass sie die Verantwortung für die gemeinsame Umsetzung übernehmen. Wenn es gelingt, die Energiewende partizipativ zu planen und umzusetzen, einen demokratischen Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren zu organisieren und die Bürgerinnen und Bürger an der Planung (sowie ggf. Finanzierung) der vielen dezentralen Anlagen zu beteiligen – dann stellt die Energiewende nicht nur eine Herausforderung für die Demokratie dar, sondern auch eine große Chance. Ein in diesem Sinne »demokratisches« Energiesystem kann zur Transformation der Demokratie einen wesentlichen Beitrag leisten.

Literatur

Erb, V.S. (2012): Forschung zu Bürgerprotesten: Die Entdeckung des Wutbürgers. die tageszeitung. Verfügbar unter: <https://www.taz.de/Forschung-zu-Buergerprotesten/!99390/> [Zugriff am 27. August 2012].

Luther, C. (2012): Vertrauen in Institutionen: Die Politik muss die Bürger häufiger mitreden lassen. Die Zeit. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-07/vertrauen-politik-demokratie> [Zugriff am 27. August 2012].

Nanz, P. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung; Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Sonnabend, L. (2012): Mitbestimmung der Bürger: Wo Handzeichen mehr als Smartphones zählen. sueddeutsche.de. Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/mitbestimmung-der-buerger-wo-handzeichen-mehr-als-smartphones-zaehlen-1.1411008> [Zugriff am 27. August 2012].

Ströbele, H.-C. (2012): Bürgerbeteiligung ist für alle da. The European. Verfügbar unter: <http://theuropean.de/hans-christian-stroebele/12049-neue-formen-der-buergerbeteiligung> [Zugriff am 27. August 2012].



Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation [Hauptbd.]. Hauptgutachten, Berlin: WBGU.

Autoren

Dr. Johannes Krause ist Gründer und Geschäftsführer von Impuls - Agentur für angewandte Utopien. Er leitet dort das Projekt Energiewende und Demokratie, das innovative Formate für Bürgerbeteiligungsprozesse zu Energieprojekten in Brandenburg entwickelt.

Timo Philip Burmeister studiert Politische Wissenschaft, Philosophie und Religionswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Schwerpunkte sind Umwelt & Energie, Bürgerbeteiligung, sowie Nachhaltigkeitsforschung. Weiterhin arbeitet er am Zentrum für energieeffizientes und nachhaltiges Planen und Bauen der Technischen Universität München.

Kontakt

Dr. Johannes Krause
Impuls – Agentur für angewandte Utopien e.V.
Kieffholzstr. 20
D-12435 Berlin
johannes@impuls.net

Timo Philip Burmeister, M.A. cand. rer. pol.
timo.burmeister@gmail.com
twitter.com/timo_burmeister

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de